

**Einige Betrachtungen zur Sanctio *pragmatica pro petitione*  
Vigilii vom 13. 8. 554 und zur am 13. 4. 534 an Belisar  
erlassenen Sanctio *pragmatica***

Ehe ich auf mein eigentliches Anliegen eingehe, möchte ich einige Bemerkungen zur Problematik der *sanctio pragmatica* generell machen.

Es ist auch heute noch schwierig, die seit Beginn des 5. Jh. als Form kaiserlicher Rechtssetzung erscheinende *sanctio pragmatica* exakt zu deuten. Eine der wohl ältesten Belege stellt das *rescriptum pragmaticum* vom 14. 10. 410 dar, in dem Kaiser Honorius als *cognitor*<sup>1</sup> Flavius Marcellus zur Schlichtung des Kirschenstreites mit den Donatisten bestellt.<sup>2</sup>

Kaiser Zeno verordnet im Jahre 477, daß eine *pragmatica sanctio* nicht auf Ersuchen einzelner Personen in einer *res privata* (*privatum negotium*), sondern nur in einer öffentlich-rechtlichen Angelegenheit erfolgen darf. Dabei wird diese nur dann anerkannt, wenn eine befugte Körperschaft bzw. Rechtsgemeinschaft um einen Rechtsbeistand bittet. Zudem soll für die Anwendung der *pragmatica sanctio* die Wahrheit des angegebenen Tatbestandes gegeben sein. De facto wird damit die *pragmatica sanctio* für Gegenstände von öffentlicher Bedeutung reserviert. Die an Belisar als *magister militum per Orientem* im Jahre 534 gerichtete Ordnung für die zurückeroberten afrikanischen Provinzen nach der Zerschlagung des Vandalenreiches wird ebenfalls als *pragmatica sanctio* bezeichnet<sup>3</sup>, weiterhin die Anfrage eines *Praefectus Praetorio* über strittige Fragen betr. Schenkungen unter Eheleuten und über die soziale Stellung von Kindern eines Freien sowie eines an die Scholle gebundenen Kolonen, die aus dem Jahre 539 stammt<sup>4</sup> etc. Eine Zusammenstellung aller als *pragmaticae sanctiones* geltenden Novellen Justinians hat N. van der Wal vorgenommen.<sup>5</sup>

Die pragmatischen Sanktionen gehören zu allen Zeiten zu den höchstpersönlichen Rechtsschöpfungsakten des Monarchen und sind bis in das 19. Jh. hinein zu verfolgen.<sup>7</sup> Nach der Ansicht von Th. Mommsen betreffen sie einen kaiserlichen Erlaß in Personalfragen, worunter er folgende Punkte versteht: 1. Die Steuerlisten; 2. Die Niederschlagung aller rückständigen

<sup>1</sup> Hier: Richter.

<sup>2</sup> Cod. Theod. 16, 11, 3.

<sup>3</sup> Cod. Just. 1, 23, 7.

<sup>4</sup> Cod. Just. 1, 27, 2.

<sup>5</sup> Nov. Just. 162.

<sup>6</sup> N. van der Wal, *Manuale novellarum Iustiniani*, 1964, S. 13.

<sup>7</sup> E. Schönbauer, Die Pragmatische Sanktion. Zur Geschichte und zur Deutung eines Rechtsbegriffes, in: *Forschungen und Fortschritte*, 35. Jg., Berlin 1961, S. 179—183, bes. S. 183.

Steuerforderungen; 3. Personalverfügungen aller Art; 4. Exzeptionelle Zulassung eines in die andere Reichshälfte ergangenen Erlasses; 5. Kaiserliche Erlasse für die Anordnung oder Regulierung eines einzelnen Prozesses und 6. Das gesamte Statutarrecht, die kaiserlichen Regulative für Städte und Korporationen.<sup>8</sup> F. C. Savagnone deutet den Ausdruck als Privileg in einer feierlicheren Kanzleiform als jene es war, in denen sonst Reskripte ergingen.<sup>9</sup>

Im Jahre 438 bestimmte Kaiser Theodosius II., daß die künftig von seinem Mitregenten Valentinian III. für den Westen des Reiches zu erlassenden Gesetze für die *pars Orientis* nur dann Gültigkeit besitzen sollen, wenn sie mit einem als *divina pragmatica* bezeichneten Begleitschreiben Valentinians ihm vorgelegt wurden. Erst dann durften sie publiziert werden.<sup>10</sup> Nach einer Novelle Justinians aus dem Jahre 539<sup>11</sup> meint Dell' Oro, daß die *pragmatica sanctio* gegenüber der *lex generalis* geringere Formalitäten erforderte und schneller und leichter erarbeitet werden konnte.<sup>12</sup> Nach der Ansicht von P. Noailles wurden von den kaiserlichen Konstitutionen die *leges generales* und die ihnen vom Kaiser ausdrücklich gleichgestellten Reskripte im *liber legum*, einem Zentralarchiv dieser Konstitutionen deponiert.<sup>13</sup> Die *pragmaticae sanctiones* wurden durch die *pragmaticarii*, Beamte einer speziellen Abteilung der kaiserlichen Kanzlei, redigiert.<sup>14</sup>

Die Geltung der nicht in den *Codex* aufgenommenen *pragmaticae sanctiones* wurde von Justinian im Publikationspatent vom Jahre 529 erörtert.<sup>15</sup> Wenn die *pragmatica sanctio* eine spezielle Begünstigung, ein an Rechtsgemeinden, Ämter oder evtl. an Privatpersonen ergangenes Privileg betraf, dann sollte sie in Kraft bleiben, bei Entscheidung von Tatbeständen oder speziellen Streitfällen aber nur dann Gültigkeit besitzen, wenn sie sich nicht mit einer Konstitution des *Codex* im Widerspruch befand. Justinian verbot in einer anderen Novelle aus dem Jahre 541, den Prozeßgang in Zivil-, Straf- oder Verwaltungsangelegenheiten durch Vorlegung von Pragmatischen Sanktionen oder Reskripten zu stören.<sup>16</sup>

Lassen wir dazu abschließend Wesener zu Wort kommen, der feststellt: „P. S. war ursprünglich eine kaiserliche Entscheidung einer Rechtsfrage in einer einzelnen *causa publica*. Bei Zeno (Cod. Iust. 1. 23. 7. [a 477]) erscheint sie noch unter dem Oberbegriff der Reskripte. Von einem schriftlichen Antwortschreiben dem kaiserlichen Kanzlei stieg sie in den Rang einer Sondernorm auf, die unmittelbar der Kaiser erließ; dabei handelte es sich um die endgültige Erledigung einer *causa publica* durch eine kaiserliche, höchst persönliche Entscheidung.“<sup>17</sup>

<sup>8</sup> Th. Mommsen, *Gesammelte Schriften*, 2 (=Jur. Schriften, 2. Bd.), Berlin 1905, S. 426 ff.

<sup>9</sup> In: *Ann. Sem. Giur. Palermo* 1929.

<sup>10</sup> Nov. Theod. 1, 5.

<sup>11</sup> Nov. Just. 162.

<sup>12</sup> Dell' Oro, *Sul concetto di 'Pragmatica Sanctio'*, in: *SDHI*, 11, 1945, S. 314 ff., bes. S. 317.

<sup>13</sup> P. Noailles, *Les collections des Nouvelles de l'empereur Justinien. Origine et formation sous Justinien*, Paris 1912, S. 45 ff.

<sup>14</sup> Siehe hierzu Cod. Just. 1, 23, 7, 1 aus dem Jahre 477; Cod. Just. 12, 35, 5, 4 aus dem Jahre 524.

<sup>15</sup> Const. Summa 4.

<sup>16</sup> Nov. Just. 113, 1.

<sup>17</sup> G. Wesener, *Art. Pragmatica sanctio*, in: *RE*, Suppl. Bd. 14, München 1974, Sp. 460–466.

Es geht mir in meinen Ausführungen darum, noch einige Bemerkungen zur *sanctio pragmatica pro petitione Vigilii* vom 13. 8. 554<sup>18</sup> und zu der am 13. 4. 534 an Belisar erlassenen *sanctio pragmatica*<sup>19</sup> vorzutragen. Justinian äußert eingangs: *Pro petitione Vigilii venerabilis antiquioris Romae (episcopi) quaedam disponenda esse censuimus ad utilitatem omnium pertinentia, qui per occidentales partes habitare noscuntur.*<sup>20</sup> Es ging in diesem Grundgesetz zur Neuordnung der Verhältnisse in Italien darum, daß der Kaiser auf Bitte des Papstes Vigilius und im Interesse der katholischen Kirche um die Restauration der alten Ordnung auf der Apenninenhalbinsel ersucht wurde. Justinian bestimmte, nachdem die Ostgoten unter ihrem König Teja durch den byzantinischen Heerführer Narses in der Schlacht am Mons Lactarius an der Wende des Jahres 552/53 fast völlig vernichtet worden waren, daß die Verordnungen der Goten, die ja formell rechtmäßig unter der oströmischen Kaiserherrschaft als von Byzanz legitim anerkannte Vertreter regiert hatten, gültig sein sollten. Danach galten die von Amalaswintha, Athanarich und Theodahat erlassenen Verfügungen, wenn sie auf Antrag des Senats oder Volkes von Rom erfolgt waren. Die von Justinian und seiner Frau Theodora den Römern gewährten Vergünstigungen blieben unangetastet in Kraft,<sup>21</sup> während die von dem als „Tyrannen“ bezeichneten Totila getroffenen Verordnungen — Enteignungen, Geschenke, Privilegienerteilungen — nach der Weisung Justinians für nichtig erklärt wurden.<sup>22</sup> Es entwickelte sich daraufhin in Italien erneut Großgrundbesitz alten Stils, Sklaven und Kolonen, die unter Totila in Scharen ihre Freiheit erhalten hatten, wurden von den Großgrundbesitzern in ihre frühere Lage zurückversetzt. Damit wurde im Machtbereich der Byzantiner das *Corpus iuris* auch italisches Reichsrecht, während sich im Gegensatz dazu in den westlichen Nachfolgestaaten die *Leges Barbarorum*, die vom Codex Theodosianus beeinflusst waren, behaupteten.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, weshalb Justinian in seiner *sanctio pragmatica* den Ostgotenkönig Theoderich d. Gr. (489—526) nicht erwähnt. Bei den Ostgoten galt, im Gegensatz zu den Westgoten und Burgundern, die Gesetzgebung für alle Untertanen gemeinsam. Bereits Odoaker hatte für sich nicht das formale Recht, *leges* zu erlassen, in Anspruch genommen, sondern verfügte nur Edikte, während die *leges* vom Kaiser erlassen wurden. Das m. E. mit Recht Theoderich d. Gr. und nicht dem Westgotenkönig Theoderich II. (453—467) zugeschriebene Edikt, das *Edictum Theodorici*, unterschied sich allerdings kaum von einem Gesetz und galt, abweichend von den *Leges Romanae Visigothorum und Burgundionum*, nicht nur für die Römer, sondern auch für die Germanen und regelte ebenfalls die Beziehungen zwischen beiden, so daß man darin einen Ausgleich zwischen Germanen und Römern, den Theoderich anstrebte, erkannte. Der Inhalt ist weitgehend aus dem *Codex Gregorianus*, dem *Codex Hermogenianus* und dem *Codex Theodosianus* sowie aus den Paulussentenzen geschöpft, wobei allerdings die Regeln z. T. stark vom klassischen römischen Recht abweichen. Die 155 Artikel dienen der Rechtspraxis des täglichen Lebens

<sup>18</sup> Const. 7. Diese wichtige Konstitution ist enthalten im *Corpus Iuris Civilis*, Bd. III, *Novellae*, hrsg. von R. Schoell und W. Kroll, Berlin 1899 als *Appendix Dispensarum*, Const. 7.

<sup>19</sup> Cod. Just. 1, 27, 2.

<sup>20</sup> Const. 7. Cap. I.

<sup>21</sup> Ebda.

<sup>22</sup> Const. 7. Cap. 2.

und bieten einen interessanten Einblick in die Zustände jener bewegten Zeit. Da das *Edictum Theodorici* kein ostgotisches Recht darstellt, sondern eben die obengenannten römischrechtlichen Bestandteile incl. mehr oder weniger entfernte Anklänge an eine Reihe anderer Klassikerschriften enthält, wird es von Justinian in seiner *sanctio pragmatica* nicht erwähnt, seine Vorschriften bleiben entweder bestehen oder werden durch die *sanctio pragmatica* aufgehoben.

Allerdings war nun aber zur Zeit des Erlasses der pragmatischen Sanktion das Verhältnis zwischen Kaiser und Papst Vigilius bei weitem nicht so gut, daß der Papst als ehrwürdig, *venerabilis*, bezeichnet werden mußte. Vigilius war vom 29. (?) 3. 537 bis zum 7. 6. 555 Papst, seine Familie gehörte zu den römischen Aristokraten, die sich mit Erfolg um die Gunst der Goten bemüht hatten. Sein Vater hatte es bis zum Honorarkonsul, sein Bruder Reparatus bis zum *praefectus urbi gebracht*.<sup>23</sup> Vigilius war durch nicht mehr genau durchschaubare Intrigen und auch politischen Ehrgeiz auf den Stuhl Petri gelangt. Während seines Pontifikats war Rom die meiste Zeit zwischen Goten und Römern umkämpft, so daß wohl nur eine außergewöhnliche Persönlichkeit in der Lage gewesen wäre, eine gewisse Unabhängigkeit und päpstliche Autorität zu wahren. Dies war allerdings bei Vigilius, der zudem Anfeindungen vieler Art ausgesetzt war und wohl nur Durchschnittsniveau erreichte, nicht der Fall. Ab dem Jahre 547 kam es zwischen ihm und Justinian, der ja die kaiserliche Autorität auch in Kirchenfragen über alles stellte und nicht davor zurückschreckte, seine theologischen Ansichten auch gewaltsam durchzusetzen, zu schweren Auseinandersetzungen. Vigilius wurde 548 im Auftrag des Kaisers nach Konstantinopel geholt, beugte sich schließlich völlig dem Willen des Herrschers und durfte die Hauptstadt des Oströmischen Reiches erst 554 auf Bitte des Narses wieder verlassen.<sup>24</sup> Übrigens konnte Vigilius die Ergebnisse der pragmatischen Sanktion, die die Rechte der weltlichen und geistlichen Oberschicht Italiens stärken und die Privilegien Roms absichern sollte,<sup>25</sup> nicht erleben, er starb auf der Heimreise am 7. 6. 555 in Syrakus.

Interessant ist bei der Betrachtung dieser pragmatischen Sanktion ein kurzer Vergleich mit der ebenfalls als *sanctio pragmatica* an Belisar erlassenen Verordnung vom 13. 4. 534 über die provisorische militärische Organisation Afrikas nach dessen Sieg über die Vandalen.<sup>26</sup> Eigentlich war nur die frühere prokonsularische Provinz und die Küste von den Byzantinern besetzt, die Reorganisation der Zivilverwaltung erst in ihren Anfängen, die Maßnahmen der Grenzsicherung waren gerade eingeleitet worden, und ein Einfall der Mauren brachte die erzielten Erfolge fast ins Wanken. Belisar war im Begriff, sich nach Byzanz zu begeben und wollte sicherlich seinen Kriegsruhm nicht bei der Durchführung der Verwaltung und in neuen Kämpfen auf's Spiel setzen. In dieser *sanctio pragmatica* ordnet der Kaiser die Sitze der Heerführer für die einzelnen Provinzen an, fordert von Belisar die Sicherung der Meerenge von Gibraltar und den Schutz Sardiniens.<sup>27</sup> Er verlangt von

<sup>32</sup> A. Lippold, Art. Vigilius (9), in RE, Suppl. Bd. 14, München 1974, Sp. 864—885, spez. Sp. 864.

<sup>24</sup> Lib. Pont. v. Vig.

<sup>25</sup> Const. 7. Cap. 12, 22, 25 und 27.

<sup>26</sup> Cod. Just. 1, 27, 2.

<sup>27</sup> Cod. Just. 1, 27, 2, 1—3.

ihm, eine ausreichende Anzahl von Kriegern zum Schutze der Grenzen bereitzustellen<sup>28</sup> und fordert die Behörden auf, sich mild und gütig gegen die steuerpflichtigen Untertanen zu verhalten und denselben auf keinerlei Weise Schaden oder Nachteil zuzufügen. Sollte dessenungeachtet einer der Soldaten die Untertanen auf irgendeine Art verletzt haben, so ist der Heerführer dafür verantwortlich, daß jener (von den Kriegsleuten — G. H.) mit einer angemessenen Strafe belegt wird und die Untertanen vor Nachteil geschützt werden.<sup>29</sup> Dies war sicherlich vom Kaiser wohlwollend gemeint, aber verständlicherweise in der Rechtspraxis nicht durchführbar, zumal sich in der Geschichte Roms Heerführer und Soldaten wohl niemals mild und gütig gegen die Untertanen des *Imperium Romanum* verhalten hatten.

Auch in der o. a. *sanctio pragmatica pro petitione Vigilii* heißt es wörtlich: „Damit aber die Bewohner irgendeiner Provinz betreffs der Eintreibung der Steuern keinerlei Beschwerden erleiden, so befehlen wir, daß zur Eintreibung der Abgaben nicht das Personal eines höheren Würdenträgers abgesandt wird. Durch die Statthalter und ihr Personal ist aller Schaden, den die Steuerpflichtigen bei der Eintreibung der Abgaben erleiden, zu ersetzen.“<sup>30</sup> Außerdem befiehlt der Kaiser, daß die Zahlung der Abgaben an den üblichen Orten und üblichen Zeiten in gehöriger Ordnung vor sich zu gehen hat.<sup>31</sup> Sollten Abgabepflichtige bei der Eintreibung der Steuern in Geld oder Naturalien übervorteilt worden sein, so ist die Überzahlung durch denjenigen zurückzuerstatten, der sie sich bedenkenlos angeeignet hat.<sup>32</sup>

An den *Praefectus Praetorio* von Afrika hatte Justinian im Jahre 534 ebenfalls die Forderung gerichtet, die Bewohner der zurückeroberten Provinzen mit größter Sorgfalt zu behandeln und bei den Steuerzahlern die Gebühren wie im ganzen Reich ohne Überschreitung der festgesetzten Beträge einzuziehen.<sup>33</sup>

Am Schluß der an Belisar gerichteten Verfügung werden das jährlich zu verabreichende exakte Gehalt und die einzelnen Rationen für die in Afrika stationierten Heerführer und deren Beamte fixiert.

Es fällt auf, daß bei dieser ebenfalls als pragmatische Sanktion bezeichneten Verfügung einige Punkte nicht enthalten sind, die in der „Vigilius-Petition“ eine wichtige Rolle spielen, wobei eben doch daran zu denken ist, daß es sich bei der „Belisar-Verfügung“ um die provisorische militärische Organisation Afrikas handelte, das nach reichlich 100 Jahren Vandalenherrschaft den Händen der Vandalen entrissen worden war. So wird nichts gesagt über die Ungültigkeit der von den Vandalen erlassenen Verordnungen, denn man hätte den römerfeindlichen Gelimer, der den römerfreundlichen Hilderich gestürzt hatte, doch wohl erwähnen können. In der an Belisar gerichteten Verordnung wird darüber nichts ausgesagt, daß durch die Kriegswirren verlorengegangene Urkunden den rechtmäßigen Eigentümer keinen Schaden bringen sollen und daß entweder eigenmächtig oder auf Befehl eines anderen okkupiertes Eigentum eines Abwesenden ihm bei seiner Rückkehr oder auch seinen Erben ohne Aufschub wieder zurückerstattet

<sup>28</sup> Cod. Just. 1, 27, 2, 4—9.

<sup>29</sup> Cod. Just. 1, 27, 2, 11.

<sup>30</sup> Const. 7, Cap. 9.

<sup>31</sup> Const. 7, Cap. 10.

<sup>32</sup> Const. 7, Cap. 14.

<sup>33</sup> Cod. Just. 1, 27, 1, 5.

werden soll, wie es in der „Vigilius-Petition“ heißt.<sup>34</sup> Im § 12 dieser *sanctio pragmatica* wird davon gesprochen, daß die Provinzstatthalter und andere Beamte durch die Bischöfe und Primaten eines jeden Bezirkes auszuwählen sind, die an Belisar gerichtete Verordnung enthält davon nichts, da sie sich eben doch im wesentlichen mit militärischen und unmittelbar nach der Rückeroberung auftretenden Problemen befaßt. In der „Belisar-Verfügung“ ist auch nichts darüber, wie im § 15 der *sanctio pragmatica* gesagt, daß bei Ehen, die zwischen Sklaven und freien Frauen bzw. zwischen Sklavinnen und Freien geschlossen worden sind, die freien Personen sich zur Trennung entschließen sollen, während Sklaven und Sklavinnen bei ihrer Herrschaft zu bleiben haben. Falls freie Frauen ihre Ehen mit Sklaven aufrechterhalten, sollen die Kinder dem Zustand der Mutter folgen. Die aus der Verbindung von Sklavinnen mit freien Männern geborenen Kinder sind auch in Zukunft Sklaven.<sup>35</sup> Die Sklavereigesellschaft mit ihren alten, längst erstarrten Formen sollte eben unter allen Umständen aufrechterhalten bzw. restauriert werden, da man den Gang der Geschichte, die längst auf den Feudalismus hin tendierte, aufzuhalten versuchte. Andere Probleme werden ebenfalls nicht in der Belisar übermittelten kaiserlichen Verfügung genannt, die in der *sanctio pragmatica pro petitione Vigilii* behandelt werden. Dort wird die Heirat zwischen Männern und Frauen, die einen geistlichen Stand haben, verboten, wobei das evtl. gegebene Heiratsgut den Kirchen oder Klöstern zu übergeben ist.<sup>36</sup> Weiter ist in der „Vigilius-Petition“ die Verfügung enthalten, daß die Abgabepflichtigen nicht bei der Ablieferung der Naturalien belästigt werden dürfen und die Naturalien und Gelder in den Maßen und Gewichten gegeben und genommen werden müssen, die vom Kaiser gegenüber Senat und Papst fixiert wurden. Die mit dem Bild alter Kaiser ausgeprägten Goldstücke sollen in allen Provinzen ohne Verlust durch Veränderungen des Münzfußes gelten. Wer sich unterstanden hatte, durch Verminderung des Wertes der Goldstücke jemandem einen Schaden zuzufügen, mußte auf jedes Goldstück noch einmal soviel entrichten.<sup>37</sup> Weiter hatte Justinian verfügt, daß bei Entfernung von Hauschmuck oder Baumaterial diese Dinge den alten Eigentümern zurückzugeben sind. Hatte der Betreffende die unrechtmäßig entfernten Gegenstände ein-oder irgendwie verbaut, mußte der dafür anzusetzende Preis bezahlt werden.<sup>38</sup> All diese genannten Aspekte sind in der an Belisar gerichteten *sanctio pragmatica* nicht genannt.

Weitere Vergleiche können an dieser Stelle nicht gezogen werden. Während der *sanctio pragmatica pro petitione Vigilii* mit ihrem restaurativen, die alte Sklavereigesellschaft wiederherstellenden Charakter keine lange Lebensdauer beschieden war, da die Langobarden 568 durch die östlichen Alpenpässe nach Italien hereinbrachen, blieb das justinianische Recht in Nordafrika bis zum Einfall der Araber am Ende des 7. Jh. bestehen.

<sup>34</sup> Const. 7, Cap. 5.

<sup>35</sup> Const. 7, Cap. 15.

<sup>36</sup> Const. 7, Cap. 17.

<sup>37</sup> Const. 7, Cap. 19—20.

<sup>38</sup> Const. 7, Cap. 21.